

Vertraulich !

Ministerratsprotokoll Nr. 5  
vom 22. November 1920

Anwesend:

Bundeskanzler Dr. M a y r, Vizekanzler B r e i s k y, sowie die Bundesminister Dr. G l a n z, Dr. P a l t a u f, Dr. G r i m m, H a u e i s, H e i n l, Dr. P e s t a und Dr. G r ü n b e r g e r.

Vorsitz:

Bundeskanzler Dr. M a y r

Dauer: 9.00 – 10.30

*Reinschrift (4 Seiten), Konzept, keine Präsenzliste, zweifaches Stenogramm, kein Beschlussprotokoll.*

I n h a l t:

*Begrüßung der neuen Kabinettsmitglieder; Vorberatung der im Nationalrat abzugebenden Regierungserklärung.*

*Begrüßung der neuen Kabinettsmitglieder; Vorberatung der im Nationalrat abzugebenden Regierungserklärung.*

Bundeskanzler Dr. M a y r eröffnet die Sitzung mit einer Begrüßung der Mitglieder des ersten unter der Geltung der Bundesverfassung gewählten Kabinetts und verweist darauf, daß die neue Regierung vor einer Fülle der schwierigsten Aufgaben stehe, welche der intensivsten Arbeit des Ministerrates bedürfen werde.

Hinsichtlich der formellen Geschäftsbehandlung im Ministerrate macht der Vorsitzende unter Zustimmung der Kabinettsmitglieder den Vorschlag, die bisherige Geschäftsordnung des Kabinettsrates weiter in Geltung zu belassen.

Die heutige Beratung verfolge den Zweck, die Richtlinien für die in der morgigen Sitzung des Nationalrates abzugebende Regierungserklärung festzustellen. Die Bundesregierung müsse sich vor Augen halten, daß ihre Tätigkeit bei der oppositionellen Partei des Nationalrates Mißtrauen begegnen und sie daher große Schwierigkeiten zu überwinden haben

5 – 1920-11-22

werde. Die derzeitigen Parteienverhältnisse nötigen die Regierung also, Selbstbeschränkung zu üben. Die Regierungserklärung hätte daher in erster Linie zum Ausdruck zu bringen, daß die Bundesregierung durchaus unpolitisch aufzutreten gedenke und nur eine rein sachliche Arbeit ins Auge fasse.

In der äußeren Politik werde sich die Bundesregierung auf die Befriedigung der unmittelbarsten Lebensnotwendigkeiten des Staates zu beschränken haben; ihre Aufgabe erschöpfe sich demnach darin, die uns vom Auslande versprochene Hilfe zu erreichen, da deren längeres Ausbleiben für den Staat Österreich die endgültige Katastrophe bedeuten würde. Weitere politische Ziele verbieten sich mit Rücksicht auf die Lage Österreichs. Alle drei politischen Parteien seien von der Überzeugung durchdrungen, daß dem Staate nur der Anschluß an Deutschland Rettung bringen könne. Die Bindung Österreichs durch den Staatsvertrag von St. Germain und der Widerstand einzelner der Hauptmächte, auf die Österreich unbedingt angewiesen sei, stellen jedoch der Durchsetzung dieses Ideals für den Augenblick unüberwindliche Hindernisse entgegen, so daß die Regierung wohl davon absehen müsse, in ihrer programmatischen Erklärung die Hoffnung auf die baldige Vereinigung Österreichs mit Deutschland auszusprechen.

Das Ergebnis der Wahlen in den Nationalrat habe Österreich bei der Reparationskommission bereits ein gewisses Vertrauen erworben, das die Regierung durch loyale Erfüllung der im Staatsvertrage von St. Germain auferlegten Verpflichtungen noch weiter zu vertiefen trachten müsse. Ferner werde es der Bundesregierung obliegen, zu allen Nachfolgestaaten ohne Unterscheidung gute Beziehungen herzustellen und zu erhalten.

Die Aufgaben der Regierung im Innern seien von selbst gegeben; sie bestehen einzig und allein in wirtschaftlichen Vorsorgen. Auch hier müsse die Politik oder gar die Parteipolitik ausgeschaltet bleiben. Das Ziel der Tätigkeit der Regierung liege in der Verbesserung der Ernährungssituation, in der Förderung der Produktion in allen ihren Belangen, sowohl der landwirtschaftlichen Produktion zur Stärkung der Eigenerzeugung, damit Österreich von den Käufen im Auslande unabhängiger werde, wie der Belebung von Industrie und Gewerbe durch Beistellung der zugesicherten Rohstoffkredite, und endlich in der Fortführung der sozialen Gesetzgebung. Allerdings werde in diesen Beziehungen nicht alles Notwendige verwirklicht werden können, da der Staat infolge seiner Armut in der Aufwendung finanzieller Mittel Zurückhaltung üben müsse.

Ein wichtiges Kapitel bilde ferner der Ausbau der Verfassung und der Verfassungsgesetze, darunter besonders die Durchführung der Verwaltungsreform.

Die allerschwierigsten Aufgaben stehen der Regierung auf dem Gebiete der Staatsfinanzen

5 – 1920-11-22

bevor, wobei sie sich von allem Anfange an fremder Kontrolle durch die von der Reparationskommission gewünschten Budgetkommissionen zu unterwerfen haben werde.

Redner eröffne über diese Gesichtspunkte die Debatte und erbitte dazu die Äußerung der Kabinettsmitglieder.

B.-M. Dr. G r i m m bemerkt, daß für die Regierung die Fragen der Finanzpolitik im Vordergrund stehen müssen. Es bestehe die Hoffnung, daß Österreich in wenigen Monaten vermöge der von der Entente in Aussicht gestellten Kredite in eine günstigere wirtschaftliche Lage kommen werde. Österreich dürfe aber auf die Hilfe des Auslandes allein nicht bauen, sondern müsse sich darauf einrichten, im Notfalle aus eigener Kraft die Lebensmöglichkeit für den Staat zu sichern. Dies wäre nach Anschauung des Redners in der Regierungserklärung besonders zu betonen.

Die Vorbereitung des Wiederaufbaues lege der Bundesregierung die Pflicht auf, einerseits für die Erhöhung der Einnahmen, soweit eine solche nach der volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit noch möglich sei, andererseits aber auch für die weitestgehende Einschränkung der Ausgaben Sorge zu tragen. Die Finanzverwaltung würde Gewicht darauf legen, daß diese Notwendigkeit in der Regierungserklärung hervorgehoben und in diesem Zusammenhange die eheste Durchführung der Vermögensabgabe angekündigt werde.

Bezüglich der Herabminderung der Ausgaben dürfe sich die Regierungserklärung aber nicht auf allgemeine Bemerkungen beschränken, sondern müsse konkrete Sparmaßnahmen in Aussicht stellen. Die von der Reparationskommission vorgeschlagenen Kommissionen lassen in dieser Hinsicht keinen besonderen Erfolg erwarten. Der sprechende Minister sehe sich daher zu dem Appell an alle Kabinettsmitglieder genötigt, in ihren Ressorts auf allen Gebieten der Verwaltung die möglichsten Ersparungen eintreten zu lassen und auch bei den legislativen Aktionen stets die finanzielle Leistungsfähigkeit des Staates im Auge zu behalten. Die Finanzverwaltung allein vermöge die Sparsamkeit im Staatshaushalte nicht herbeizuführen, es müsse dazu bei jedem Kabinettsmitgliede die Überzeugung lebendig sein, daß es ohne Sparsamkeit in sämtlichen Ressorts nicht weitergehe. Die Regierungserklärung hätte zum Ausdruck zu bringen, daß in dieser Hinsicht unter sämtlichen Ministern völlige Übereinstimmung der Anschauungen herrsche.

Um den Ernst der Sparabsicht darzutun, sei eine verschärfte Finanzkontrolle durch das Finanzministerium am Platze. Das Finanzministerium besitze derzeit keine Möglichkeit, von den übrigen Ressorts die Verwirklichung seiner Vorschläge hinsichtlich der Einschränkung des Aufwandes in der Verwaltung zu erreichen. Entgegen dem Einspruche des Finanzministeriums seien Amtsstellen errichtet worden, für welche keine unbedingte

5 – 1920-11-22

Notwendigkeit bestehe. Die Regierungserklärung sollte daher ankündigen, daß im einvernehmlichen Vorgehen der Ressorts an die Aufhebung der überflüssigen Ämter geschritten werden solle.

Dem sprechenden Minister schwebte seit längerer Zeit ein Projekt vor, welches eine nachdrücklichere Finanzkontrolle der verschiedenen Ressorts durch das Finanzministerium und gleichzeitig eine Vereinfachung der Geschäftsführung dadurch ermöglichen soll, daß jedem Ressort ein Delegierter des Finanzministeriums beigegeben wird, dem alle finanziell relevanten Geschäftsstücke zugehen müßten, so daß ohne seine Zustimmung nichtpräliminierte oder über die Dotationen des Staatsvoranschlages hinausgehende Aufwendungen nicht gemacht werden können.

Im Falle diese Anregung die Zustimmung des Ministerrates finde, empfehle Redner auf die Neuregelung in der Regierungserklärung hinzuweisen.

Einen weiteren Punkt bilde die Frage der Stellungnahme der Regierung zu der Regelung der Lebensmittelpreise. In dieser Hinsicht empfehle sich die weitere Verfolgung des bereits zur Diskussion gestandenen Projektes einer Staffelung der Lebensmittelpreise, nach welcher die minderbemittelten Kreise von einer Steigerung verschont, die bemittelten Kreise jedoch, denen die staatlichen Zuschüsse ganz unberechtigter Weise zugute kommen, mit den Gestehungskosten belastet werden.

Über den Vorschlag des Bundesministers für Finanzen, betreffend die Einrichtung einer intensiveren Finanzkontrolle in den Bundesministerien, entspinnt sich eine längere Debatte, bei welcher im allgemeinen die Auffassung zutage tritt, daß die beantragte Maßnahme geeignet wäre, eine Vereinfachung des Geschäftsverkehrs mit dem Finanzministerium zu bewirken. Es sei jedoch noch zu erwägen, ob im einzelnen Falle ein Vertreter des Finanzministeriums in das fremde Ressort entsendet oder lediglich im Finanzministerium selbst für jedes Ressort ein Dezernent zur Behandlung der speziellen Ressortangelegenheiten bestimmt werden solle.

Der Ministerrat spricht sich grundsätzlich für das vorgeschlagene System aus und ladet den Bundesminister für Finanzen ein, dem Ministerrate über die Art der Durchführung dieser Maßnahme sowie den Wirkungskreis der Delegierten beziehungsweise Dezernenten Anträge zu erstatten.

B.-M. Dr. G l a n z regt an, im Zusammenhange mit dem Hinweis auf die Durchführung der Vermögensabgabe auch zu betonen, daß jene Bestimmungen des Gesetzes, welche den Zweck verfolgen, dem erwerbenden Mittelstand Erleichterungen zu bringen, voll zur Anwendung gelangen sollen. Der Kredithilfe des Auslandes wäre in dem Sinne zu gedenken,

5 – 1920-11-22

daß Österreich sich zwar aus eigener Kraft aufrichten wolle, für den Augenblick aber der Unterstützung des Auslandes bedürfe. Schließlich sollte in der Regierungserklärung auch auf die Notwendigkeit der Achtung vor dem Gesetze als der unerläßlichen Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der demokratischen Einrichtungen und auf die Bereitwilligkeit der Regierung zum Schutze jeder ehrlichen Arbeit hingewiesen werden.

B.-M. Dr. Grünberger bittet die Fragen des Ernährungswesens vorläufig außer Diskussion zu lassen, da deren Formulierung von dem Ergebnisse der heute stattfindenden Ernährungskonferenz abhängen werde. Gleichwohl bitte er schon jetzt, daß in der Regierungserklärung auf die enormen Staatszuschüsse zu den Lebensmittelpreisen hingewiesen und neuerlich betont werde, daß die Beimischung von Mais zum Brotmehle nicht aus Ersparungsrücksichten erfolge. Der vom Bundesminister für Finanzen beantragten Aufnahme eines Passus über die Absicht der Regierung, in den Lebensmittelpreisen eine Staffelung eintreten zu lassen, pflichte Redner vollkommen bei.

Nachdem noch Vizekanzler Breisky sowie die Minister Dr. Paltauf und Dr. Resch sich über die Gesichtspunkte, die von ihrem Ressortstandpunkte aus in der Regierungserklärung hervorzuheben wären, geäußert hatten, schließt der Vorsitzende die Debatte mit der Einladung ab, ihm über jene Materien, welche die einzelnen Ressorts in der Regierungserklärung besonders behandelt zu sehen wünschen, eine schriftliche Zusammenstellung zugehen zu lassen.

## Stenogramm Dr. Groß, Ministerratsprotokoll Nr. 5 vom 22. November 1920

*Mayr: Ich erlaube mir den ersten Ministerrat unter der Ägide der neuen Verfassung zu eröffnen und begrüße ihre Herren herzlichst, knüpfe daran die Bitte, dass sie unsere Beratungen mit dem entsprechenden Ernst, den wir in der gegenwärtigen Zeit notwendig haben, verfolgen. An Arbeit wird es eine Fülle geben. Ich glaube, dass wir wöchentlich wie es bisher üblich war, 2 Sitzungen halten werden, Dienstag Abend und Freitag Nachmittag.*

*Wir sind zusammen gekommen zur ersten Sitzung, um für die morgige Haussitzung eine Art Programm, eine Regierungserklärung zusammenzustellen. Ich glaube, dass im Abgeordnetenhaus unsere Tätigkeit, namentlich von der oppositionellen Partei nicht bloß mit Misstrauen, sondern geradezu mit Verfolgung beobachtet werden wird und wir keinen leichten Stand haben werden. Wir müssen auf Stürme gefasst sein. Auch morgen bei Abgabe der Regierungserklärung wird die oppositionelle Partei ihrem Unmut freien Lauf lassen. Angesichts der Parteienverhältnisse wie sie derzeit im Abgeordnetenhaus bestehen, ist die Existenz einer Regierung überhaupt keine angenehme Angelegenheit, vielleicht schon an und für sich in Frage gestellt, und die Regierung muss daher Selbstbeschränkung üben. Ich glaube, dass die Herren mir zustimmen werden, wenn ich in erster Linie sagen möchte, dass die Regierung möglichst unpolitisch aufzutreten hat und nur sachliche Arbeit leisten kann. Selbst nach dieser Richtung hin ein unpolitisches Kabinett sein und sich auf sachliche Arbeit zu beschränken wird es nur ein Versuch sein, ob wir durchdringen können, weiß ich nicht; ich hoffe aber, wenn die beiden bürgerlichen Parteien mit Verständnis und voller Kraft unsere Arbeit unterstützen. Schon aus dem Charakter dieser Regierung ergibt sich, dass von einer Verfolgung von Parteipolitik nicht zu denken wäre, weder im Innern noch im Äußeren. In Bezug auf die Außenpolitik glaube ich haben wir nichts anderes zu tun als das gegenwärtig Notwendigste zu versuchen, nämlich die Hilfe vom Ausland, die uns versprochen ist und deren längeres Ausbleiben für den Staat Österreich die wirkliche und endgültige Katastrophe bedeuten müsste. Diese Hilfe vom Ausland ist die einzige Hoffnung, welche wir gegenwärtig haben. Auf fernere politische Ziele hinzuweisen brauche ich gegenwärtig nicht zu tun, schon mit Rücksicht auf unsere augenblickliche politische Lage. Es ist selbstverständlich, dass das Politische, insbesondere der Anschluss an Deutschland nach dem Urteil aller 3 Parteien auch weiter aufrecht bleibt, aber eine eingehende Verfolgung dieses Zieles wird derzeit nicht möglich sein. Die Herren kennen den Widerstand, den uns der Friedensvertrag entgegenstellt und den Widerstand einzelner Mächte, auf die wir unbedingt angewiesen sind, in erster Linie Frankreich, aber auch England würde unter gar keinen Umständen eine Vereinigung mit Deutschland gestatten. Man kann der Überzeugung sein, dass der Zusammenschluss mit Deutschland einmal kommen muss, weil er notwendig ist, aber wir sind augenblicklich in einer wirtschaftlichen Lage, dass man als Regierung diese Überzeugung nicht aussprechen kann ohne die Gefahr, dass wir uns die Hilfe verscherzen. Wir haben in unserer Außenpolitik also nur den einen Gesichtspunkt vor Augen zu halten, möglichst rasch und ausgiebige Hilfe vom Ausland zu erreichen und zu diesem Zweck das Vertrauen der Reparationskommission, der wir nun einmal unterworfen sind, zu festigen. Das Ergebnis der Wahlen hat ein gewisses Vertrauen gebracht und erst in Wahlen ist dieses Vertrauen ja aufgebaut worden. Wir brauchen also dieses Vertrauen nur zu festigen und müssen trachten, das Misstrauen gegen unsere Tätigkeit in diesen Kreisen, von denen wir vollständig abhängen, zu bestätigen. Die Reparationskommission arbeitet wirklich wie Freunde, wenn sie auch keine Freunde sind und einzelne Mächte werden es auch kaum je sein. Wir sind in einer Zwangslage, der wir Rechnung tragen müssen, Hilfe zu suchen, von denen wir suchen können und gute Beziehungen zu allen Sukzessionsstaaten ohne Unterscheidung. Selbst kann das kleine Österreich in seiner gegenwärtigen Lage durchaus nicht als entscheidender Funktionär in der Europapolitik auftreten, wir müssen froh sein, wenn man uns von allen Seiten freundlich entgegenkommt, uns duldet und hilft.*

5 – 1920-11-22

*Im Inneren kennen Sie, meine Herren, die Aufgaben ohnedies, die uns demnach obliegen. Es sind einzig und allein die wirtschaftlichen Fragen. Auch da, dass wir an Politik oder unsere Parteipolitik nicht denken, Verbesserung der Ernährungslage, Förderung der Produktion nach allen Richtungen, der landwirtschaftlichen Produktion zur Stärkung der eigenen Erzeugung, damit wir von den Käufen im Ausland unabhängiger werden, Belebung der Industrie und des Gewerbes durch Beistellung der uns versprochenen Rohstoffkredite, Fortführung sozialer Gesetzgebung. Allerdings können wir uns auch da nicht auf alles Notwendige einlassen, weil sich der Staat auch nach dieser Richtung gegen seine Vernunft beschränken muss. Weiter sind wir verpflichtet an dem Ausbau der Verfassung und des Verfassungsgesetzes zu arbeiten. Die jetzige Verfassung ist noch sehr unklar und ein wichtiges Kapitel wird auch sein die Verfolgung der Verwaltungsreform. Ich erwähne noch dass Elemente in Finanzbeziehung, die allerschwierigste Aufgabe unserer Tätigkeit, harren. Wir müssen auch die fremde Kontrolle schon von Anfang an ertragen, sind eigentlich darauf angewiesen. Ich erinnere an die beiden Finanzkontrollkommissionen für den Bund und für die Länder und Gemeinden, die wir unter Teilnahme von 2 Mitgliedern der Reparationskommission bilden müssen.*

*Diese Gesichtspunkte müssten in den Vordergrund gestellt werden für unser Wirken und demnach auch für die morgige Regierungserklärung. Ich eröffne darüber die Debatte und bitte, dass sich die Herren äußern über die allgemeine Form und dann jeder Minister zu seinen Ressortfragen. Es wird dann gut sein, wenn jeder Minister mit Schlagworten davon schriftlich übergibt, was er in der Regierungserklärung erwähnt sehen möchte.*

*Grünberger: Wenn ich mir als Erster das Wort erbitte, so geschieht das nicht nur, weil die Lebensmittelfragen im Mittelpunkt stehen. Im Anschluss an Ministerrat soll eine Ernährungskonferenz stattfinden. Vor Abschluss dieser Konferenz kann eine Erklärung nicht abgegeben werden, weil eine Reihe von politischen Punkten erst klar gestellt werden muss, bevor die Formulierung für die Regierungserklärung gefunden werden kann. Bitte daher die Angelegenheit der Ernährung erst später festzusetzen. Das Ernährungswesen soll vorläufig außer Diskussion bleiben.*

*Breisky: Auf dem Gebiet der Außenpolitik kommen 2 heikle Themen in Betracht, das Verhältnis zum Altausland und zu den Sukzessionsstaaten. Die Erklärung darüber wird wohl im Einvernehmen der beiden*

*Mayr: Soweit politische Fragen berührt werden, würde ich es nur im Einvernehmen mit Großdeutschen und christlich-sozialer Partei machen.*

*Breisky: Für die Unseren sind die Richtlinien so klar, dass die absolute Richtigkeit keinem Zweifel unterliegt.*

*Ist gedacht, dass die einzelnen Ressorts eine weitere Reform einnehmen sollen oder soll es nur knapp gehalten werden. Eine heikle Frage ist die Schulreform. Die kann man nicht übergehen, wenn Weiteres berührt wird. In der Zeit auch der [...] ist es ein der vornehmsten Aufgaben der Regierung alles darauf zu wenden, um den .....*

*Grimm: Die Fragen der Finanzpolitik spielen eine große Rolle. Ob sie in der Regierungserklärung eine größere Bedeutung erlangen werden, hängt von dem ab, ob der Kanzler das Programm auf kurz oder länger darstellt. Wir hoffen in wenigen Monaten in eine günstige wirtschaftliche Lage zu gelangen. bis dahin wird es schwer sein, ein bestimmtes Finanz- oder Wirtschaftsprogramm aufzustellen. Wir werden uns darauf beschränken müssen, diese wirtschaftliche Besserstellung möglichst zu fördern, hier alles zu tun, was im Inland einen guten Eindruck macht und den vorangehenden wirtschaftlichen Eindruck vorbereitet. Die Wünsche der Finanzverwaltung würden aber schon heute weiter gehen. Die bevorstehenden Kredite werden Roh- und Lebensmittelkredite sein, aber gedacht ist, dass die Kredite auf bestimmte Reihe von Jahren in Warenkrediten bestehen. Der Zweck ist das*

5 – 1920-11-22

*Budget, das besonders nach Jahr schon [...] sein wird, herzustellen. Wir würden durch den Kredit nächstes Jahr ein glattes Budget haben, alles andere darauf aufzubauen wäre unsere Sache und wäre nicht schwer, wenn die Bevölkerung (?) uns hilft, wenn die Ausgaben nicht durch weitere Forderungen erhöht werden. Nur müssen wir jetzt verhindern, dass unsere Einnahmen geringer werden, als sie vorgesehen sind und die Ausgaben höher werden. Das ist die Voraussetzung für die Möglichkeit des Wiederaufbaus auf Grund der Kredite, sie sind auch die Voraussetzung, dass wir überhaupt existieren können.*

*Ich würde meinen, so sehr es richtig ist, wenn wir die Hilfskredite nicht bekommen, sind wir fertig. Was für eine Existenz es sein wird, können wir uns nicht ausmalen. Aber man sollte nicht betonen in der Regierungserklärung, dass wir fertig sind, wenn die Hilfe nicht kommt. Man sollte darauf hindeuten, dass wenn die Hilfe nicht kommt, wir unsere eigenen Kräfte beginnen vorzubereiten, dass wir dann leben können.*

*Mayr: Ich stimme bei und bitte um einige schriftliche Ziele der Wünsche des Finanzressorts.*

*Grimm: Das Finanzministerium müsste unbedingt in der Regierungserklärung fordern, dass wir jetzt die Einnahmen noch erhöhen. Es sind vorbereitet die Eisenbahntariferhöhung und das muss Platz finden in der Regierungserklärung. Dann muss scharf betont werden, dass die Vermögensabgabe durchgeführt wird. Weiter sind wir eigentlich rückständig noch mit einer Steuer, welche die einzige ist, die noch in Aussicht genommen werden kann. Die Umsatzsteuer. Sie hat die heftigste Anfeindung bei den Sozialisten erfahren und es ist fraglich, ob es zweckmäßig ist, die Durchführung und Berichtigung der Umsatzsteuer in Anspruch zu nehmen. Die damals erhobenen Schwierigkeiten sind verschärft und es ist nicht politisch zweckmäßig, das in der Regierungserklärung zu betonen. Aber eine Betonung, dass wir höhere Einnahmen, soweit es finanzwirtschaftlich noch möglich ist, ansteuern, wird zweckmäßig sein. Wir können den Banknotenumlauf nur durch Erhöhung der Eingänge und Herabsetzung der Ausgaben herbeiführen. Auf dieses letzte Moment müsste in der Regierungserklärung ein großes Gewicht gelegt werden. Aber mit einer bloßen Ankündigung der Sparmaßnahmen ist es nicht getan. Die Regierung müsste schon ernste Sparmaßnahmen ins Auge fassen. Sie müssen eingeleitet werden und da ich mir von der im letzten Kabinettsrat verlangten Budgetkommission nicht viel erwarten kann, so hätte ich einen Appell an alle Minister, dass die Sparmaßnahmen in jedem Ressort auf allen Gebieten einzuleiten, auch auf dem Gebiet der Verwaltung, soweit es innerhalb dieser Aktion durchgeführt werden kann. Der Finanzminister kann eine solche Maßnahme allein nicht durchsetzen. Es muss die Überzeugung in jedem Herrn lebendig sein, dass wir ohne Finanzsparmaßnahmen in jedem Ressort, was Verwaltung und Ressorttätigkeit betrifft, nicht leben können. Eine solche Übereinstimmung der Einsicht der Minister in der Regierungserklärung zu erwarten, wäre unbedingt am Platz. Tritt noch ein weiterer Punkt in der Frage der Lebensmittel: wie stellt sich die Regierung hinsichtlich der Erhöhung der Lebensmittelpreise. Können wir heute die rationellen Lebensmittel erhöhen. Vor kurzem wurde beschlossen, dass bei dem Mehlpreis eine Staffelung stattfinden soll. Die Verhandlungen haben sich zerschlagen. Ich glaube, man hätte die Minderbemittelten von einer Erhöhung auslassen können, aber es hätte einen guten Eindruck gemacht, wenn die Regierung sich auf den Standpunkt stellt, es gibt Kreise, für welche die Zuschüsse hinausgeworfen werden.*

*Zweckmäßig sollte betont werden, um Ernst der Sparmaßnahmen darzutun, eine verschärfte Finanzkontrolle durch das Finanzamt. Die Situation des Finanzamtes ist eine fürchterliche. Wir hatten den besten Willen im eigenen Ressort und bei den anderen zu sparen, sowohl bei der gesetzlichen und Länderverwaltung. Es ist im eigenen Ressort bezüglich des Personals nicht gelungen, wir hatten aber die Überzeugung, dass in den anderen Ressorts solche Ersparungen beim Personal durchzusetzen gewesen wären und Einrichtungen getroffen wurden, die hätten vermieden werden können. Es wurden Ämter geschaffen, die keine Lebensmittel notwendig sind. Das abzuschaffen und einvernehmlich unter den Ressorts*



5 – 1920-11-22

*vorzugehen, das anzukündigen, wäre für die Regierung vorteilhaft.*

*Mein Projekt ist eine eingehende Finanzkontrolle ständig des Finanzamtes dadurch, dass statt des Aktenlaufes jedes Ressort einen Delegierten des Finanzamtes sitzen hat. Das wäre auch in anderen Staaten so, besonders in Frankreich gibt es Finanzkommissär, das hätte ich als gut für eine Finanzkontrolle betrachtet. In jedem Ressort würde ein Beamter des Finanzministeriums sitzen, dem die Akten über Verlangen vorgelegt werden. Ohne seine Zustimmung können nicht präliminierte Auslagen nicht bestritten werden und keine Überschreitung erfolgen: das würde die Möglichkeit geben, dass von Seiten des Finanzministeriums auf gewisse Ersparungsmöglichkeit hingewirkt werde. Wenn die Herren einverstanden sind, könnte in den wichtigsten Ressorts der Anfang gemacht werden und im Expose erwähnt werden.*

*Mayr: Ich erbitte eine kurze Skizze über das, was in die Regierungserklärung aufgenommen werden soll. Von den Gegenständen, die Finanzminister angeführt hat, wird vielleicht folgend bei uns zu besprechen sein. Gegen die scharfe Betonung der Durchführung der Vermögensabgabe ist nichts einzuwenden.*

*Glanz: Bitte Zusatz, dass jene Bestimmungen des Gesetzes, welche dem erwerbenden Mittelstand Erleichterungen bringen sollen, werden voll zum Durchbruch kommen.*

*Mayr: Dann Erhöhung der Einnahmen, soweit es volkswirtschaftlich möglich ist und Herabsetzung der Ausgaben. Bezüglich der Umsatzsteuer möchte ich auf eine Nennung verzichten. Sie ist eingeschlossen in der Erhöhung der Einnahmen. Das kann Vorbehalte beleben für das Finanzexposé. Der Appell an alle Minister zu Sparmaßnahmen ist intern. Nur das Einverständnis aller Minister in der Erklärung. Gegen die Delegierten hätte ich nichts einzuwenden, wenn diese Delegierten nicht eine Art Oberherrschaft antreten würden. Sie dürften sich nicht als alleinige Herren des Ministeriums gebärden.*

*Heinl: [...] ein Delegierter des Finanzamtes in dem Präsidialbüro seinen Sitz hat und die Aufgabe hat, den Ressortminister aufmerksam zu machen. Die Führung muss der Ressortminister haben, aber der Delegierte hat aufmerksam zu machen und der Minister hat dann eine gewisse Verantwortung, wenn er entgegen der Mitteilung des Finanzdelegierten eine Aktion durchführt. Bei größeren Angelegenheiten wird der Ministerrat zu entscheiden haben.*

*Grimm: Ich habe nicht gedacht, dass der Delegierte dem fremden Ressort unterstellt wird, es soll nur eine Expositur des Budgetressorts sein. Der Beamte bleibt dem Finanzamt unterstellt. Nur dadurch, dass ihm Gelegenheit gegeben wird, auch die inneren Verhältnisse kennen zu lernen, wird er die Möglichkeit haben, aufmerksam zu machen, dass gewisse Ersparnisse möglich wären. Im Übrigen ist es eine Geschäftsvereinfachung, eine Beschleunigung des Geschäftsganges in gewissen Grenzen.*

*Mayr: Als Geschäftsvereinfachung lässt sich die Sache gut begründen, nur dürfte er nicht in die Fachfragen dreinreden dürfen. Das müsste der Verwaltungsreform vorbehalten bleiben.*

*Glanz: Vorschlag Grimms ist ausgezeichnet unter der Voraussetzung, dass die richtigen Kräfte ausgewählt werden.*

*Grünberger: Ich habe bereits im Sommer bei Übernahme des Amtes einen eindeutigen Antrag gestellt in weitergehendem Sinn. Bei uns gibt es keine Amtsmaßnahme, die nicht aufs Engste mit Finanzamt zusammenhängt. Jeder Einkauf von Lebensmitteln ist abhängig von der Genehmigung des Finanzamtes, so dass ein Finanzdelegierter sich nicht beschränken dürfte auf eine Überwachung der Gebarung im Ministerium, sondern ich brauche dringend einen Vertreter, weil ich überhaupt keinen Kauf veranlasse, ohne mit dem Finanzamt in Fühlung zu treten. Der Finanzvertreter im Volksernährungsamt dürfte nicht nur die Budgetsektion, sondern besonders die Budgetsektion vertreten. Denn bei mir geht kostbare Zeit verloren*

*dadurch, dass ich lange über die Ersparung von Geldmitteln mit Finanzamt debattieren muss. Für mich wäre eine entsprechende Persönlichkeit als Vertreter des Finanzamtes von außerordentlichem Wert. Dadurch könnte in den Kursdifferenzen viel Geld erspart werden.*

*Breisky: Der springende Punkt ist die Persönlichkeit des Delegierten und seine Vollmacht. Er kann zur Vereinfachung beitragen, wenn er ermächtigt ist zuzustimmen oder zu sagen, dass ist ausgeschlossen. Bei den Delegierten haben wir aber die Erfahrung gemacht, dass die Delegierten immer verneinen. Nur das Organ in der Zentrale kann ja sagen, das andere hat zu sehr das Gefühl, dass Verantwortung gegenüber der vorgesetzten Stelle und wird sich nicht trauen zu protestieren. Das Organ wird immer nein sagen und den Akt der Verhandlung mit dem Finanzamt vorzubehalten. Die Verbindung des Finanzbeamten mit dem Finanzamt wird enger bleiben als mit dem betreffenden Ressort. Dadurch kämen wir auf den alten Weg der einstigen Vorschreibung zurück. Wenn aber im Finanzamt selbst jedes Ressort einen Herrn hätte, der sich mit seinen Agenden befasst, so könnte er sich unmittelbar mit dem Minister in Verbindung setzen und das würde mehr beschleunigen. Das würde mir mehr ansprechen, wenn diese Delegierten im Finanzamt säßen und nicht im Ressort. Es würde auch ein unangenehmes Verhältnis gegenüber den Interessenten sein, die sich an das Ressort wenden.*

*Mayr: Die Aufgaben der Delegierten sind in den einzelnen Ressorts verschieden. Das System an und für sich halte ich für gut.*

*Paltauf: Ich kann mir nicht vorstellen, was ein solcher Delegierter im Justizressort machen könnte. Nur Vereinfachung der Geschäftsgebarung wollten wir durch einen besonderen Ausschuss schon seit 1 ½ Jahren. Ein Delegierter des Finanzamtes könnte nicht eingreifen, weil ihm die Detailverhältnisse fehlen. Was die anderen Auslagen des Justizressorts anlangt, so sind alle Kosten so festgelegt, dass sich hier ein Delegierter nicht auswirken könnte. Es wäre nur möglich, das Justizressort bei einem Dezernenten des Finanzamtes zu konzentrieren.*

*Von Bedeutung scheint mir, dass die Ausgaben in Personalsachen einen horrenden Aufwand einnehmen infolge der Art und Weise infolge der Behandlung der Angestelltenbezüge. Die Rechnungsdepots sind überlastet, jede einzelne Bitte um Zulage erheischt stundenlange Arbeit. Das sind Ausgaben, welche beseitigt werden können. Ich hatte schon vor, mir eine Zusammenstellung über die Vergeudung von Arbeitskräften machen zu lassen, bei Behandlung von Einzelansuchen und die Behandlung der Bezüge auf Weisung.*

*Mayr: Heute handelt es sich um die Behandlung des Prinzips, ob es gut wäre, solche Delegierten für jedes Ressort zu schaffen. Das ist zu bewirken. Die Art und Weise ihrer Tätigkeit für das einzelne Ressort müsste separat bestimmt werden. Das Prinzip nehmen wir an, ob es sich empfiehlt, dass der Dezernent im Ressort exponiert wird, ist für jedes einzelne Ressort separat zu entscheiden.*

*Grimm: Da Dezernentensystem unterscheidet sich von diesem Delegiertensystem in der Platzfrage. Mit tatsächlichem Effekt. Es würde der Aktenlauf erspart werden. Wenn es im Prinzip genehmigt wird ein möglichst abgekürztes Verfahren, so wird es sich ergeben, ob es sich durch Delegierte oder Dezernenten gemacht werden soll. Wir werden einen Wirkungskreis dem Kabinett vorlegen. Der Vorteil der Delegierten, wenn sie Möglichkeit haben in den Geschäftsgang Einblick zu nehmen, wird dann in der Lage sein, dem Ressort vom Finanzstandpunkt Anregung zu geben, das entfällt beim Dezernentensystem.*

*Grünberger: Die Frage der Lebensmittelpreise ist außerordentlich wichtig in der Regierungserklärung zu erwähnen. Das geschehe aber zweckmäßig beim Exposé über die Ernährungslage, besonders auch, weil von der Öffentlichkeit die Preisfrage in Verbindung mit der Ernährungssituation gebracht wird. Ich glaube, dass man bezüglich der Lebensmittelpreise hinweist ziffernmäßig auf die enormen staatlichen Zuschüsse, dass man neuerlich hervorhebt, dass die Maisbeimischung nicht als Ersparung erfolgt ist. Die*

5 – 1920-11-22

*langjährige Verhandlung mit den Eisenbahnern haben mir gezeigt, dass man sagen müsste, dass die Regierung nicht beabsichtigt, die Mindestbemittelten einer neuen Preiserhöhung für die Lebensmittel auszusetzen. Die Opposition greift gerade diesen Gedanken auf, um gegen die Regierung zu hetzen. Man muss sagen, dass, wenn auch angesichts der enormen Auslagen Maßnahmen in Aussicht genommen sind, die Höchstbemittelten von den Zuschüssen auszuschließen, wird Vorsorge getroffen werden, dass die Mindestbemittelten von einer Verteuerung verschont bleiben.*

*Mayr: Es herrscht Einvernehmen, dass das Delegierten- oder Dezernentensystem zu schaffen ist. Finanzminister wird in der nächsten Kabinettsitzung den Ministerrat näher informieren. Der Ministerrat behält sich Entscheidung über die Einzelheiten vor. Dann bitte ich die Minister, mir heute die Grundgedanken, welche Sie für die Regierungserklärung wünschen, zu übersenden. Vielleicht wird es gut sein, morgen Mittag die fertige Regierungserklärung durchzunehmen.*

*Paltauf: Sollen spezielle Vorlagen erwähnt werden.*

*Mayr: Möglichst wenig, um dem provisorischen Charakter des Kabinetts zum Ausdruck zu bringen.*

*Paltauf: [..]*

*Resch: Sozialversicherung und Sozialpolitik. Sozialpolitisches Gesetz haben wir genug geschaffen. Es muss eine Ruhepause eintreten, aber man kann erwähnen, dass wir dafür eintreten werden, dass die Gesetze durch eine Reform der gewerblichen Funktion durchgeführt wird, dann muss die Ausdehnung der Krankenversicherung und die Einführung der Alten- und Invalidenversicherung, so auch Invalidenfürsorge soll man erwähnen. Man soll dafür eintreten, dass das Gesetz [..] praktisch durchgeführt wird und der Unfug von Zuschüssen aufhört.*

*Glanz: Verwaltungsreform. Ich bin der Meinung, dass wir nicht sagen sollen, dass wir ausschließlich von der Hilfe des Auslandes abhängen, man könnte sagen, dass wir aus eigener Kraft uns erheben wollen, aber für den Anfang der notdürftigste Hilfe des Auslandes bedürfen.*

*Dann zu erwähnen die Notwendigkeit der Achtung vor dem Recht, welche die unerlässliche Voraussetzung für die Entfaltung demokratischer Gedanken ist.*

*Pesta: Mit Rücksicht auf die Sparsamkeit, dass die notwendigen Investitionen nicht hintangestellt werden.*

*Mayr: Wünschenswert wäre eine bessere Ausnützung der Regierungspresse, damit keine unrichtigen Informationen gegeben werden. Die Staatskorrespondenz soll [..] Angelegenheit ihrer Aufmerksamkeit bewirken.*

*Grimm: Wir wollen verlangen, dass die Zeitungen mit Rücksicht darauf, dass sie Zuschüssen bekommen, verlangen, dass sie Mitteilungen der Regierung aufnehmen.*

*Mayr: Der Geschäftsentwurf bleibt wie bisher im Bestehen.*

## 2. Stenogramm, Ministerratsprotokoll Nr. 5 vom 22.11.1920, 9 Uhr

*Ich erlaube mir den ersten Ministerrat unter der Ägide der neuen Verfassung zu eröffnen, begrüße alle auf das Herzlichste und knüpfe daran die Bitte, dass sie unsere Beratungen mit dem entsprechenden Ernst, den wir jetzt in unserer gegenwärtigen Zeit nötig haben, verfolgen. An Arbeit wird es nicht fehlen, es wird eine Fülle von Arbeit geben und ich glaube,*

5 – 1920-11-22

*dass wir wöchentlich wie bisher 2 Sitzungen halten sollten, Dienstag Abend und Freitag Nachmittag. Wir sind zusammen gekommen zur ersten Sitzung, um für die morgige Haussitzung eine Art Programm, eine Regierungserklärung zusammenzustellen. Ich glaube, dass im Abgeordnetenhaus unsere Tätigkeit, namentlich von der oppositionellen Partei nicht bloß mit Misstrauen, sondern geradezu mit Verfolgung beobachtet werden wird. Dass wir keinen leichten Stand haben werden und auf entsprechende Stürme aller gefasst sein müssen. Auch morgen bei der Abgabe einer Regierungserklärung wird wahrscheinlich die Opposition ihrem Unmut freien Lauf lassen. Angesichts der Parteienverhältnisse wie sie im Abgeordnetenhaus derzeit bestehen ist ja die Existenz einer Regierung überhaupt keine angenehme, vielleicht schon an und für sich in Frage gestellt und die Regierung muss daher Selbstbeschränkung üben und ich glaube, dass mir zugestimmt wird, wenn ich in erster Linie sagen möchte, dass die Regierung möglichst unpolitisch auftreten wird und nur sachliche Arbeit leisten kann. Selbst nach dieser Richtung hin wird es für den Anfang nur ein Versuch sein. Ob wir durchdringen werden, weiß ich nicht. Ich hoffe aber, wenn die beiden bürgerlichen Parteien mit Verständnis und mit voller Kraft unsere Arbeit unterstützen.*

*Schon daher ergibt sich aus dem Charakter der Regierung, dass an eine Verfolgung von Parteipolitik nicht zu denken ist, weder im Inneren noch im Äußeren. Was Außenpolitik anbelangt, haben wir wohl nichts anderes zu tun als das gegenwärtig Notwendigste zu versuchen, nämlich die Hilfe vom Ausland, die uns versprochen ist und deren längeres Ausbleiben für diesen Staat die Katastrophe bedeuten würde. Diese Hilfe ist die einzige Hoffnung, die wir gegenwärtig haben. Auf fernere politische Ziele hinzuweisen brauche ich gegenwärtig wohl nicht zu treiben, schon mit Rücksicht auf die augenblickliche politische Lage. Es ist ja selbstverständlich, dass das politische Ideal, der Anschluss an Deutschland, nach dem Urteil aller 3 Parteien auch weiterhin selbstverständlich aufrecht bleibt, aber eine eingehende Verfolgung dieses Zieles wird derzeit nicht möglich sein. Die Herren kennen ja den Widerstand, den uns der Friedensvertrag schon entgegenstellt gegen dieses Ziel und den Widerstand einzelner Mächte, auf die wir unbedingt angewiesen sind, Frankreich insbesondere. Aber auch England würde unter keinen Umständen Anschluss gestatten. Man kann der Überzeugung sein, dass der Zusammenschluss mit Deutschland einmal kommen muss, weil er notwendig ist. Aber wir sind jetzt in einer wirtschaftlichen Lage, dass man diese Überzeugung kaum aussprechen kann als Regierung ohne die Gefahr, dass wir uns die Hilfe verscherzen. Wir haben in unserer auswärtigen Politik nur den einen Gesichtspunkt uns vor Augen zu halten, möglichst rasch und möglichst ausgiebige Hilfe vom Ausland zu erreichen und zu diesem Zweck das Vertrauen der Reparationskommission, der wir nun einmal unterworfen sind, zu festigen. Ich brauche nicht zu sagen, dass das Ergebnis der Wahlen hat ein gewisses Vertrauen bewirkt und ist seither ausgebaut worden. Die Herren bemühen sich auch nach Kräften alsbald [...] unserer Hilfe zu fördern. Im Übrigen gute und freundschaftliche Beziehungen zu suchen zu allen Sukzessionsstaaten. Selbst kann das kleine Österreich nicht in der Weltpolitik auftreten. Man muss froh sein, wenn man uns duldet und hilft.*

*Im Inneren kennen Sie die Aufgaben. Wieder nur die wirtschaftliche Frage. Auch da dürfen wir an Parteipolitik nicht denken. Die Ernährungslage, Förderung der Produktion nach allen Richtungen, insbesondere der Landwirtschaft. Belebung der Industrie und Gewerbes durch Beistellung durch unsere versprochenen Rohstoffkredite. Fortführung sozialer Gesetzgebung. Allerdings können wir uns auch da nicht auf alles Wünschenswerte und Notwendige einlassen. Der Staat muss sich auch in dieser Richtung beschränken. Weiter sind wir verpflichtet, an den Ausbau der Verfassung und des Verfassungsgesetzes zu arbeiten. Ein wichtiges Kapitel wird auch sein die Verwirklichung der Verwaltungsreform. Namentlich in finanzieller Beziehung harren die schwierigsten Probleme unserer Tätigkeit. Wir müssen auch da die fremde Kontrolle ertragen und sind darauf angewiesen. Ich erinnere an die beiden Budgetkommissionen. Die eine für den Bund, die andere für Länder und Gemeinden,*

5 – 1920-11-22

*insbesondere Stadt Wien, an welchen 2 Mitglieder der Reparationskommission teilnehmen. Dies die Gesichtspunkte, die in den Vordergrund gestellt werden müssen, auch für unser Wirken und gewiss auch für die Regierungserklärung. Bitte um Äußerung über allgemeine und jeder zu seinem Ressortfragen. Jeder soll mir kurz mit Schlagworten dasjenige schriftlich übergeben, was er in der Regierungserklärung erwähnt sehen will.*

*Grünberger: Ich bin leider der Überzeugung, dass die Ernährungsfrage im Mittelpunkt stehen soll. BM hatte die heutige Ernährungskonferenz einzuberufen. Erklärung und die Ernährungslage erst nach dieser Konferenz, weil die dringendsten Fragen erst bei dieser Konferenz geklärt werden müssen. Angelegenheit der Ernährung.*

*Breisky: Auf dem Gebiet der Außenpolitik kommen 2 heikle Themen in Betracht. Das Verhältnis zum alten Ausland und das Verhältnis zu den Sukzessionsstaaten. Wird die Erklärung im Einvernehmen mit den bürgerlichen Parteien erstellt werden?*

*Mayr: Soweit politische Fragen berührt werden, nur im Einvernehmen mit christlich-sozialer und Großdeutschen Partei.*

*Breisky: Bezüglich der Innenpolitik ist so klar, dass die absolute Richtigkeit der Wahl nichts dazu zu bemerken ist. Ist gedacht, dass die einzelnen Ressorts < >*

*Mayr: [..]*

*Grimm: Die Fragen der Finanzpolitik werden eine große Rolle in diesen Monaten spielen. Ob sie in der Regierungserklärung und im [..] hängt davon ab, ob Kanzler langes oder kurzes Programm geben will. In einigen Monaten wird es besser sein. Bis dahin schwer ein Finanzprogramm aufstellen. Wir werden uns darauf beschränken müssen eine wirtschaftliche Besserstellung.*

*Die Wünsche der Finanzverwaltung würden auch noch weiter gehen. Die Kredite, die uns bevorstehen, Rohstoff- und Lebensmittelkredite. Aber gedacht ist, dass uns die Kredite auf 5 Jahre als Warenkredite bestehen. Der Zweck ist, dass unser Budget glatt gestellt wird. Wir würden durch die Kredite im nächsten Jahr ein glattes Budget haben. Alles andere darauf aufzubauen wäre dann nicht schwer. Nur müssen wir jetzt verhindern, dass unsere Einnahmen geringer werden, als sie vorgesehen sind, dass die Ausgaben höher werden, als es angenommen wird. Das wäre die Voraussetzung des Wiederaufbaus. Ich würde meinen, dass, so sehr es richtig ist, dass, wenn wir die Kredite nicht bekommen, wir fertig sind. Aber ich glaube, man sollte in der Regierungserklärung nicht betonen, wenn wir die Kredite nicht bekommen, so sind wir fertig. Man sollte auf die Möglichkeit hindeuten, dass, wenn wir nur auf eine beschränkte Hilfe rechnen, können Schwierigkeiten sein, dass wir doch da leben können.*

*Mayr: Stimme vollständig bei und würde im einige schriftliche Zahlen bitten.*

*Grimm: Vom Standpunkt des Finanzministeriums müsste ich in der Regierungserklärung fordern, dass wir jetzt bis zu einem gewissen Schmerz höher gehen können mit den Einnahmen. Eine scharfe Betonung, dass die Vermögensabgabe auch wirklich durchgeführt wird. Weiter, dass wir eigentlich rückständig noch mit einer Steuer, die eigentlich die einzige ist, die noch in Aussicht genommen werden kann. Das wäre die Umsatzsteuer. Frage, ob es zweckmäßig ist, in der Regierungserklärung die Umsatzsteuer in Anspruch zu nehmen. Die Schwierigkeiten, die damals dagegen erhoben wurden, sind heute noch verstärkt. Frage nicht opportun in der Regierungserklärung. Aber eine Betonung, dass soweit es finanzwirtschaftlich erträglich ist, eine Erhöhung der Einnahmen und Herabsetzung der Ausgaben wäre notwendig.*

*Mit einer bloßen Ankündigung der Sparmaßnahmen ist es nicht getan. Es müssten auch ernste Maßnahmen wirklich durchgeführt werden. Da ich mir von den Budgetkommissionen wahrhaftig nichts erwarten kann. Appelle an alle Minister, dass Sparmaßnahmen in allen*

*Ressorts auch wirklich. Der Finanzminister kann allein ein solches System nicht durchführen. Es muss bei jedem Minister vor Augen gehalten werden, dass wir ohne Sparmaßnahmen in jedem Ressort nicht leben können. Die Übereinstimmung dieser Meinung aller Minister in dieser Beziehung wäre in die Regierungserklärung aufzunehmen.*

*Sparmaßnahmen hinsichtlich Lebensmittel. Wir wird sich die Regierung bezüglich der Erhöhung der Preise der Lebensmittel verhalten. Wir haben schon einmal beschlossen, dass wir eine gewisse Staffelung bezüglich der Mehlpreise in Erwägung ziehen. Es haben Beratungen stattgefunden, die gescheitert sind. Es wäre gut, wenn sich die Regierung auf den Standpunkt stellt, wenn es bei gewissen Bevölkerungskreisen Mehl als hinausgeworfenes Geld bedeutet, wenn die Regierung zuschießt. Dann könnte man auch [...] mit Berücksichtigung der Länderkreise vorgenommen werden.*

*Antrag: Verschärfte Finanzkontrolle durch das Finanzamt. Die Situation des Finanzamtes ist fürchterlich gewesen. Wir haben den besten Willen gehabt, selbst Sparmaßnahmen durchzusetzen und auch bei anderen Ressorts – Personal – es ist uns bei uns nicht gelungen, weil Personal so furchtbar überlastet. Aber in anderen Ressorts hätten Neuerungen vermieden werden können, insbesondere von den Sozialdemokraten, die keine Lebensberechtigung haben. Das abzuschaffen nicht gegen den Finanzminister, sondern mit ihm, das wäre Sache der Regierung.*

*Projekt, das ich schon vor 2 Jahren – verschärfte Kontrolle durch Finanz, die anstelle des schrecklichen Aktenlaufs an jedem Ressort einen Delegierten des Finanzamtes sitzen hat. Es ist dies auch in anderen Staaten der Fall, z.B. in Frankreich. Es würde in jedem Ressort ein in entsprechendem Rang Befindlicher für Ministerium sitzen, dem die Akten vorzulegen sind, wo Auslagen. Ohne seine Zustimmung sollte nichts verfügt werden. Wenn die Herren damit einverstanden wären. Wenigstens in den wichtigsten Ressorts sollte der Anfang gemacht werden.*

*Mayr: Ich darf bitten um eine Skizze über das, was in der Regierungserklärung hinein soll. Gegen die scharfe Betonung der Durchführung der Vermögensabgabe.*

*Glanz: Selbstverständlich alle Bestimmungen des Gesetzes, welche dem Mittelstand Erleichterungen gewähren, sollen voll berücksichtigt werden müssen. Würde guten Eindruck machen.*

*Grimm, Mayr: Ja.*

*Mayr: Erhöhung der Einnahmen und Herabsetzung der Ausgaben einverstanden. Umsatzsteuer sollte verschoben werden. Sollte vorbehalten werden für Finanzexposé-Appell an alle Minister.*

*Delegierte: Nichts einzuwenden, wenn die Delegierten nicht eine Vorherrschaft vertreten.*

*Heinl: Stelle mir so vor. Dass ein Delegierter im Präsidialbüro und hat die Aufgabe, den Ressortminister vor allem aufmerksam zu machen. Der Minister hat dann eine gewisse Verantwortung, wenn er entgegen der Meinung des Delegierten eine Aktion durchführt. Sind es größere Angelegenheiten, so muss der Ministerrat entscheiden.*

*Grimm: Ich habe nicht gedacht, dass der Delegierte dem fremden Minister unterstellt wird. Es ist nur eine Expositur des Finanzministeriums, die mir untersteht. Man müsste ihm nur in die Organisation Einblick gewähren und er sollte dem Ressortminister Ratschläge geben. Im Übrigen wäre es nur eine Vereinfachung.*

*Mayr: Als geschäftliche Vereinfachung wäre es sehr gut, aber in die reinen Fachfragen dürfte er nicht dreinreden. Er sollte Rat geben.*

*Glanz: Der Vorschlag scheint mir ausgezeichnet unter der Voraussetzung, dass die richtigen Herren ausgesucht werden. Andernfalls eine förmliche Plage. Nur mit weitem Blick.*

*Grünberger: Ich habe bereits heuer im Sommer bei Übernahme des Ressorts einen derartigen Antrag gestellt, aber noch im weitergehenden Sinn. Bei uns gibt es keine Angelegenheit, die nicht abhängig von Finanzamt ist. So darf eine Delegation des Finanzamtes im Ernährungsamt sich nicht beschränken darauf auf Überprüfung der Gebarung im Amt, sondern ich brauche einen Betreuer des Finanzamtes, weil ich keine Käufe abschließen kann ohne. Der Betreuer müsste in meinem Amt nicht alleine die Budgetarbeit, sondern auch die [...] vertreten. Denn bei mir geht voraussichtlich viel Zeit verloren dadurch, dass ich immer mit dem Finanzamt über die Mittel, die ich brauche, debattieren muss.*

*Breisky: Der springende Punkt ist die Persönlichkeit und die Frage der Vollmacht. Er kann ungeheuer zur Vereinfachung beitragen, wenn er sagen kann, ja das geht, das geht nicht. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass die Delegierten bei allen Verhandlungen immer nein sagten. Ja sagen kann nur der Chef. Das Organ wird immer [...] ein Nein zu sagen und den Akt dem Finanzamt vorbehalten. Praktisch würde die Sache doch auf die einstige Vorschreibung kommen. Wenn aber im Finanzamt selbst jedes Ressort einen Herrn hätte, der sich ausschließlich mit seinen Agenden befasst, so könnte er sich jeden Moment mit dem Minister ins Einvernehmen setzen und es würde mehr beschleunigen. Ich würde mir mehr versprechen, wenn diese Delegierten im Finanzamt säßen und im Ressort selbst nicht. Ich habe nämlich etwas die Sorge, dass die Herren Diktatoren werden. Es könnte vielleicht Schwierigkeiten geben. Schwierigkeiten auch gegenüber den Interessenten, die kommen.*

*Mayr: Im Ernährungsamt sehr gut, wenn hier einer dort sitzt. In anderen Ressort vielleicht [...] bekannt ist, wohin sich das Ressort wenden soll.*

*Paltauf: Ich kann mir nicht recht vorstellen, was er in Justiz machen sollte. Was die Vereinfachung des Geschäfts anbelangt, so ist bereits ein eigener Ausschuss dort vorhanden. Der Delegierte sollte nicht eingreifen, weil im die Detailverhältnisse vollkommen fehlen. Was aber die anderen Auslagen anlangt, so ist im Justizressort alles so festgelegt, dass ich mir nicht denken kann, an welcher Ersparung er wirken könnte. Von Bedeutung scheint mir, dass die Ausgaben an Personalsachen einen horrenden Aufwand einnehmen als Folge der DP. Jede Konzession, die an einzelne Angestellt wird, bedeutet ein Ausmaß an Arbeit. Die .Organe können aber nicht mehr ihren eigentlichen Aufgaben nachkommen.*

*Mayr: Es würde sich handeln, das Prinzip zu besprechen. Ob es nicht gut wäre, solche Delegierten zu schaffen. Das wäre zu bewirken, die Art und Weise der Tätigkeit in jedem Ressort müsste bestimmt werden. Ob es sich nun empfiehlt, dass dieser Delegierte im Ressort exponiert wird oder zu Hause bleibt ist in jedem einzelnen Ressort zu entscheiden.*

*Grimm: Es unterscheidet sich das Dezernentensystem von Delegiertensystem nur durch die Platzfrage. Wenn er dort sitzt, wird die Vereinfachung erzielt, dass der Akt nicht ans Finanzamt gehen muss. Wenn im Prinzip geregelt wird ein möglichst abgekürztes Verfahren, so wird sich mit den einzelnen Ressort zu vereinbaren sein, ob Delegierter oder Dezernent. Richtlinien und Möglichkeiten, die dem Ministerrat vorgelegt werden,.*

*Grünberger: Die Frage der Lebensmittelpreise sehr wichtig in der Regierungserklärung. Aber am Zweckmäßigsten bei der Erklärung über die Ernährungsfrage. Ich glaube, dass man bezüglich der Lebensmittelpreise hinweist auf die enormen Staatszuschüsse. Dass man neuerlich hervorhebt, dass die Maisbeimischung nicht aus Ersparungsrücksichten erfolgt. Ich glaube, dass man hier eigentlich diesen Gedanken in den Vordergrund treten lassen muss. Dass man keinerlei beabsichtigt die Mindestbemittelten nun neuerlicher Preiserhöhung der Lebensmittel auszusetzen gedenkt. Wenn auch Maßnahmen vorgesehen sind, wird man umgekehrt Sicherheiten treffen, dass die Mindestbemittelten diese Erhöhung nicht übernehmen müssen.*

*Mayr: Dezernenten oder Delegiertensystem angenommen. Finanzminister wird uns näher*

5 – 1920-11-22

*informieren, wie er sich das denkt und der Ministerrat behält sich die endgültige Entscheidung über die Art und Weise vor. Ersparungsmaßnahmen kommen in die Regierungserklärung.*

*Paltauf: Ob man spezielle Gesetzesvorlagen, die einzubringen wären, erwähnen soll. Vereinfachung der geschäftlichen Behandlung, die schon im Zuge ist ??? (schlecht kopiert!!) ???*

*Mayr: Man soll das weglassen, wenn man in der Regierungserklärung erwähnt, dass die Regierung sich als vorläufige Regierung bis zu den Kredithilfen betätigt.*

*Resch: Wir sollen hauptsächlich die Sozialpolitik und Sozialversicherung. Wir haben mehr als genug in der letzten Zeit geschaffen u um Industrie und [...] Erholung.*

*Aber wir können erwähnen, dass die bestehenden Gesetze praktisch durchgeführt werden. Sozialversicherung und Alters- und Invalidenversicherung. Auch die Invalidenvorsorge soll erwähnt werden.*

*Glanz: In meinem Ressort käme nur eine, nämlich die Verwaltungsreform. Ich bin vollends der Meinung, dass wir nicht ausschließlich von der Hilfe abhängen. Ob man nicht sagen kann, dass wir aus eigener Kraft uns erheben wollen, aber für den Augenblick der Hilfe des Auslandes bedürfen. Dann die Notwendigkeit der Achtung vor dem Recht und Gesetz, welche unerlässliche Voraussetzung der Aufrechterhaltung der demokratischen Einrichtungen. Schutz der realen Arbeit in jeder Form.*

*Paltauf: Entscheidende Investitionen beim Bahnbetrieb.*

*Mayr: Bessere und Unterstützung der Regierungspresse im Sinne der einzelnen Regierungshandlungen und Ressorts [...] Staatskorrespondenz*

*Grimm: Wir haben vorbereitet Note an die wirtschaftliche [...] Anregung, dass die Zeitungen, die ohnedies Zuschüsse bekommen, dass sie Mitteilungen der Regierung aufnehmen. Antwort für die Zuschüsse.*

*Mayr: die Geschäftsordnung bleibt. ½ 11 Uhr*